

Im Zeichen des Nihilismus

Das große Stichwort bundesdeutschen Geistes ist die Ent-Ideologisierung. Politiker, Wirtschaftsführer, Gewerkschaftsfunktionäre, Soziologen sind sich weitgehend in der Forderung nach der „Abkehr von Ideologien“ einig. Keine hohen Ziele mehr, predigen sie, keine philosophisch bestimmten Wertungen in Sachgebieten, keine „Weltanschauung“. Laßt uns pragmatisch vorgehen, die Dinge an sich betrachten, einen Schritt nach dem andern setzen, statt großen Wunschvorstellungen nachzuhängen. Die Kriegserklärung an die Ideologie wird gleichgesetzt mit einem Bekenntnis zur Wahrheit. Der Schritt hat, oberflächlich betrachtet, etwas Bestechendes. Was ist nicht schon im Namen von Ideen gesündigt, gemordet, gelogen worden! Eine solche Einstellung mußte sich angesichts des von den Nazi-Ideologen aufgeführten grausamen Spektakels gerade vielen Deutschen aufdrängen. Der Gedanke wurde volkstümlich: Wie wäre es, wenn man ein für allemal dem ganzen weltanschaulichen Ballast aufkündigte, um sich an nichts weiter als an die konkrete Wirklichkeit zu halten? Das war eine natürliche Reaktion auf die bis zum Paroxysmus entartete Ideologie des Nationalsozialismus. In ihr steckt eine erste spontane Abwehr, aber schließlich verbirgt sich dahinter eine Tendenz zur Flucht vor der Wirklichkeit, der man gerade einen Tribut zu zollen vorgibt.

Ohne Zweifel stellte das nazistische Experiment das Problem der Ideologie geistig und praktisch in den Vordergrund. Was mußte geschehen, um eine solche Entartung in Zukunft zu verhindern, um es unmöglich zu machen, daß Menschenmassen irgendwelchen ideologischen Wahnvorstellungen von neuem zum Opfer fielen? Dieses Problem steht nach wie vor zur Debatte. Doch sind wir der Meinung, daß keine proklamierte Abkehr von der Ideologie, keine Überbetonung des Pragmatischen seine Lösung bedeutet. Am Zustand der Bundesrepublik läßt sich die Richtigkeit dieses Satzes darstellen.

Obwohl dem Pragmatismus seit 1945 das Wort geredet wird, setzte er sich nicht sogleich durch. Solange um Konzeptionen für den Aufbau eines neuen Deutschland gerungen wurde, konnte von reiner Pragmatik keine Rede sein. Es handelte sich darum, Grundsätze zu entwerfen, Zielvorstellungen zu schaffen, an denen sich die Praxis erst zu orientieren vermochte. Die Vorstellungen, die für den Staatsaufbau, die Wirtschaftsgestaltung maßgeblich sein sollten, entsprachen Ideologien. Die Option für die Demokratie war eine ideologische, desgleichen die für den Parlamentarismus, für eine starke Exekutive. Die Entscheidung zwischen einer kapitalistischen oder sozialistischen Wirtschaft war gleichfalls der einen oder anderen Ideologie verpflichtet. Materielle Interessen waren dabei gewiß im Spiel, aber auch eine lange europäische Überlieferung politischer Geschichte, philosophischer Erkenntnisse, staatswissenschaftlicher Praxis. Das Bonner Grundgesetz mit seiner Proklamation „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“ wäre ohne diese Quellen nicht denkbar. Es weist auf die Kette bürgerlich-demokratischer Revolutionen und deren umfassende Geisteskonstruktion hin. 1949 war es denn auch nicht anstößig, sich auf 1848 und 1789 zu berufen.

Es wurde anders, nachdem die Entscheidung in Grundfragen gefallen war und der Prozeß sich beschleunigte, den man als Restauration bezeichnet. Jetzt wurde die Fahne des Pragmatismus gehißt und jeder Unbequeme als Ideologe (mit dem Unterton, er hänge törichtem Wunschenken an) verketzert. „Hin zur Praxis“ hieß die neue Losung. Allen, die da meinten, daß die gesellschaftlich-politische Problematik unteilbar sei, daß sich Mittel und Ziel wechselseitig bedingten, daß die

„Versachlichung“ bestenfalls zur Verflachung, schlimmstenfalls zu einer neuen Barbarei führen müsse, wurde dringend eine Entideologisierungskur empfohlen. Die „Praktiker“ der Regierungsparteien, der Wirtschaftsführung, der Interessenverbände umgaben sich statt dessen selber mit der Aureole des Wahren. Die Abwertung der Ideologie verfolgte das Ziel, die geschaffenen gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse zu befestigen. Keine Grundsatzfragen sollten mehr behandelt werden. Jede Debatte solcher Art wurde als ideologisch, der Lüge verdächtig verurteilt. Nachdem der eingeschlagene Kurs als richtig vorausgesetzt war, durfte nur noch Tagespolitik, minimale Reformarbeit betrieben werden. Je „praktischer“, ideenloser dabei vorgegangen wurde, um so besser war es. Unter der Losung des Pragmatismus wurde die Sicht bis zur Nasenspitze heiliggesprochen. Daß diese Aktion erfolgreich verlief, steht außer Zweifel. Die geistige Trägheit der Bundesbürger, das Schattendasein der Parteien, das Ausbleiben wirklicher Debatten, das selbstgefällige und stumpfsinnige Kleinbürgerglück, in dem sich eine ganze Gesellschaft spiegelt, sind ihr Ausdruck.

Noch etwas bedeutete die pragmatische Kampfstellung: Unter ihrem Vorzeichen vollzog sich eine Abkehr von den Ideen, die sich im Grundgesetz bekundeten. Die freiheitlichen Bekenntnisse, die an die großen vergangenen Revolutionen anknüpften, gerieten in den Hintergrund, wurden durch eine Tätigkeit verdrängt, in der die Betonung täglich mehr auf „Ordnungsprinzipien“ lag. Die Offensive der Pragmatiker machte Platz für die Autorität, in den Hohlraum drang die Macht der Institutionen. Der Niedergang des Parlaments, das Übergewicht der Staatsexekutive waren andere Resultate des gleichen Prozesses.

II.

Doch erhebt sich die Frage, wie es eigentlich um die bekundete Ideologiefeindschaft unserer Pragmatiker bestellt ist. Haben sie wirklich der Ideologie abgesagt, sind sie nichts als sachlich, bewegen sie sich im Raum des Wahren? Es bedarf keiner langen Untersuchung, um die Unsinnigkeit der so allgemein aufgestellten Behauptung zu erkennen. Wohl noch nie ist eine Präntention so unbegründet und irreführend erhoben worden wie diese. Ist das bundesdeutsche Denken wirklich sachlich? Hat es der Ideologie abgeschworen? Sagt es Wunschvorstellungen ab? Indem das behauptet wurde, glaubte man mit einem Plus zu starten, vor jeglicher Tat Vertrauen für sich buchen zu können. Nach der verkündeten These würden Politik und Geist der Deutschen, die so lange Wahngebilden nachjagten, dem endlich absagen und sich praktisch-sachlich der Wirklichkeit zuwenden.

Allein, die Praxis unserer Pragmatiker widersprach ihrer Behauptung. Unter der Fahne des Pragmatismus zog eine Ideologie ein, die um so selbtherrlicher war, als man sie verschwieg. Man wollte sachlich sein — doch der Begriff der Demokratie wurde stillschweigend durch einen anderen ersetzt, der die Debatten durch die Freund-Feind-Stellung erstickt. Man wollte sachlich sein — doch die Politik, die seit einem Dutzend Jahren den „Todfeind“ verfolgt, ist so unreal, so mystisch, so wahnsinnbestimmt wie in den schlimmsten Epochen deutscher Geschichte mit Einschluß des Dritten Reichs. Aber nicht nur die Politik unterliegt dem ideologischen Wahn. Er versucht, sich alle Gebiete des öffentlichen und privaten Daseins zu unterwerfen. Unter seinen Vorzeichen wird Brecht boykottiert, darf Oistrach kein Gastspiel geben, werden die Schulen stramm ausgerichtet, die Zeitungen gleichgemacht, die Bürger in die Fesseln des Betrugs und der Angst geworfen, der Film bis zur Lächerlichkeit entwürdigt. Das alles geschieht unter der Berufung auf das Pragmatische und die Abkehr von Ideologien! Selten durchtränkte eine Ideologie rückhaltloser das ganze gesellschaftliche Gefüge. Und der Prozeß verlief um so

schneller, als er mit den Attributen des Sachlichen und Wahrheitsgemäßen geschmückt wurde. Was haben wir unter diesem Firmenschild nicht alles erlebt! Der Lüge sollte abgeschworen werden: Und die Sozialdemokratie warf ihre eigenen Vorstellungen als ideologischen Kehricht fort und nahm diejenigen der Regierung an — deren bestes Einvernehmen mit der Wahrheit jedem bekannt ist. Auf die Abrüstungsforderung wurde verzichtet und die Aufrüstung gutgeheißen, als ob die erste Ideologie wäre und die zweite nicht. Nach dieser Weisheit ist Neutralität ein ideologisches Wahngespinnst, die Atombewaffnung dagegen der Wink des Sachlichen selbst. Die „Versachlichung“ ist zu einem dichten Lügengewebe geworden, das jede Sicht verfälscht. In den Gewerkschaften wurden damit ähnliche Folgen hervorgerufen. Die Pragmatiker haben angeblich die Ideologen ersetzt. Doch wurde unter ihrer Herrschaft die Ideologie des Antikommunismus zur Grundlage der gesamten Aktivität. Die von den Pragmatikern heraufbeschworene geistige Wüste rief die Interesselosigkeit der Mitglieder und die ausschließliche Macht der Bürokratie so sehr hervor, daß die Gefahr des Leerlaufs den Apparat selbst beunruhigte. Die „Versachlichung“ hat jedes große Ziel beseitigt und kleinste Versorgungsnot in den Vordergrund gerückt. So fanden in Gewerkschaftskreisen Gedanken von Walter Dirks Einlaß, der zum „Mut zu einer Utopie“ aufrief und vor dem „Versacken“ warnte¹⁾. Was in den Arbeitnehmerorganisationen geschieht, ist jedoch nur ein Ausschnitt eines allgemeinen gesellschaftlichen Vorgangs. Das „Versacken“ macht sich überall bemerkbar, verschont niemanden. Sind die Pragmatiker auch Ideologen, so sind sie es doch auf eine besondere Art. Ihre Herrschaft reduziert den Geist auf primitive Rudimente, verdammt Debatten als Spitzfindigkeiten und Analysen als Intellektuellen-Zeitvertreib, preßt das Denken in die enge Formel der Schwarz-Weiß-Technik. Der Geist der Pragmatiker ist der materiellen Sache um ihrer selbst willen verbunden, er liebt das Institutionelle, das „gut arbeitende“ bürokratische Getriebe. Er ist der Sache untertan und frönt der Macht. Solche Erscheinungen gehören gerade zum Charakter der Bundesrepublik.

Minister Hans-Joachim von Merkatz plauderte nicht schlecht aus der Schule, als er feststellte:

„Mit der Abkehr von den Ideologien als den entscheidenden Wegweisern in die Zukunft von Staat und Gesellschaft ist nämlich zwangsläufig die Hinwendung zu einem politischen Denken und Handeln verbunden, das gar nicht anders kann, als die Richtung zum konservativen Verhalten einzuschlagen, auch wenn es sich nicht dieses Namens für den unideologischen Weg in die Zukunft bedient. Denn sobald die ideologischen Wunschilder verblassen, treten bei der rein sachbezogenen Regelung der politischen Fragen nur noch die alten Macht- und Interessenkämpfe als Konkurrenten jener Grundbedingungen auf den Plan, denen jede Politik ohne rational-triebhaftes Wunschilder erfahrungsgemäß zu ihrem Recht zu verhelfen sucht . . . Damit wäre aber auch das Zeitalter des modernen Rationalismus beendet²⁾.“

v. Merkatz enthüllt ziemlich treffend die Entwicklung der Bundesrepublik: Die Entideologisierung war nur eine scheinbare. Tatsächlich bedeutete sie den Triumph konservativen Denkens, das wiederum nur den Weg für die Entfaltung der „alten Macht- und Interessenkämpfe“ freilegt. Deutlich kommt dabei zum Ausdruck, daß die Ideologie nur insoweit verworfen wird, als sie dem „Zeitalter des modernen Rationalismus“ verpflichtet ist, nicht jedoch als Dienstmagd im Ringen um die Macht. Natürlich operiert auch Herr v. Merkatz mit der bequemen These der Sachlichkeit und der Ablehnung von Wunschildern. Doch kommt klar genug zum

¹⁾ Walter Dirks: „Die geschichtliche Aufgabe der Gewerkschaften in unserer Zeit“, OTV, 1961.

²⁾ Hans-Joachim von Merkatz: „Die konservative Funktion“, Isar Verlag, 1957, S. 82—83.

Vorschein, daß die Verdammung rational begründeter Wunschbilder solchen rein triebhafter Natur dienen soll: die die Durchführung der „alten Macht- und Interessenkämpfe“ erlauben. Man darf dem Verfasser immerhin für soviel Offenherzigkeit verbunden sein. Sie ist selten genug: Endlich hat einer die Katze aus dem Sack des Pragmatismus gelassen und erklärt, was es eigentlich damit auf sich hat.

III.

Mit seinen Feststellungen sind wir inmitten bundesdeutscher Praxis. v. Merkatz selber hat uns wissen lassen, was er unter der Rückkehr zu konservativem Denken versteht, als er Hitlers Ritterkreuzträger den „Adel des Volks“ nannte, die Tradition der Nazi-Wehrmacht pries und Franco als Schild christlicher Zivilisation lobte. Indem er dem Rationalismus den Krieg ansagt und den „Ideen von 1789“ vorwirft, „Intoleranz, Atheismus, Tyrannei, Nationalismus und Krieg“ hervorgerufen zu haben³⁾, drückt er eine offiziell gepflegte Meinung aus, die gewöhnlich jedoch das Licht der Öffentlichkeit scheut. War das Grundgesetz den Ideen der bürgerlich-demokratischen Revolutionen noch verpflichtet, so ist die Entwicklung seitdem diesen tatsächlich entgegengesetzt. Sie wird bestimmt von der Feindschaft gegen den Rationalismus, das heißt ein an die Vernunft gebundenes Denken. Die Quelle, aus der sie gespeist wird, ist, im Gegensatz zu den aus Opportunitätsgründen vorgeschickten Angaben, keine demokratische. Unter dem Vorwand der Versachlichung wurde der Kampf gegen die auf Vernunft beruhenden fortschrittlichen Ideologien geführt, während an ihre Stelle mystische Wunschbilder „alter Macht- und Interessenkämpfe“ traten. Damit wurde an die jüngste Vergangenheit unmittelbar angeknüpft. Mit seinem „Adel des Volks“ ist v. Merkatz durchaus kein Außenseiter, er ist auf dem offiziellen Kurs — nur ein wenig freimütiger vielleicht als manche seiner Kollegen, die (vor allem aus Rücksicht auf das mißtrauische Ausland!) ihrem intimen Denken demokratische Dämpfer aufsetzen.

Aber solche aus taktischen Erwägungen vorgenommenen Schachzüge vermögen die Wirklichkeit nicht zu verschleiern, geschweige denn zu verändern. Noch befreit sich die Bundesrepublik, wie 1949, auf ihren demokratischen Charakter, aber im letzten Jahr durfte D. Gerstenmaier vor feierlich versammeltem Bundestag von der „unvergänglichen Idee des Reichs“ schwärmen; Bismarcks ehernes Standbild, das Generationen autoritätsgläubiger Untertanen geprägt hat, rückt wieder nach vorn; die Demokratie wird nicht der Freiheit, sondern der Autorität gleichgesetzt, und um diese zu krönen, soll die Verfassung prompt als Ballast abgeworfen werden; statt Friedensbemühungen gibt es „alte Macht- und Interessenkämpfe“, die nicht weniger schamlos sind, wenn man sie „demokratisch“ oder „menschlich“ zu verkleiden sucht. In ihrer Außenpolitik beruft sich die Bundesrepublik auf die Achtung des Rechts. Sie behauptet, demokratisch zu sein, aber die Verbindung mit Franco und Salazar ist besonders freundschaftlich. Die Bundesrepublik beruft sich auf das Prinzip des Antikolonialismus, doch Spanien und Portugal sind Kolonialstaaten, auch Frankreich, Belgien und Großbritannien. Das führte nicht einmal zu einem Protest. Dagegen wurde Nehru begeistert, weil er wagte, die Kolonie Goa anzutasten. Wurde in Bonn einst der Verzicht auf Waffen proklamiert, so wird jetzt die Nuklearbewaffnung als Zeichen der Souveränität verlangt. Seit 1949 hat sich Wesentliches verändert. Die Berufung auf die Demokratie ist immer äußerlicher und fadenscheiniger geworden. Die Entwicklung verlief im Sinn des Herrn v. Merkatz. Den Idealen von 1789, die an der Wiege der

³⁾ Hans-Joachim von Merkatz, ebd., S. 50.

IM ZEICHEN DES NIHILISMUS

Bundesrepublik standen, wurde der Rücken gekehrt. Der „Adel des Volks“ sind keine Demokraten mehr, sondern Autoritätsgläubige.

IV.

Vorerst gibt es Widersprüche in der bundesrepublikanischen Ideologie. Der Strom trägt verschiedenartige Elemente mit sich. Obwohl die Richtung feststeht, ist die Einheit noch nicht vorhanden. Aber sie ist kräftig dabei, sich herauszubilden, ihre wichtigsten Tendenzen sind sichtbar. Sie heißen Antikommunismus, Autorität, Aufrüstung. Alles, was ihnen nützt, ist von Vorteil; alles andere ist „staatsfeindlich“. Die letzte Logik dieses Prozesses ist die Aufhebung der Demokratie — natürlich im Namen der Demokratie; die Unterhöhlung des Friedens — natürlich im Namen des Friedens. Was ihn bremst, hin und wieder verschleiert, ist nichts anderes als machtpolitisch bestimmte Rücksicht: Im westlichen Ausland gibt es nicht nur den Busenfreund Franco; die Demokratie wird dort ernster genommen als in Bonn; international genießen Rassegesetz-Fachleute ein weniger großes Ansehen als bei Konrad Adenauer. Das hemmt den Prozeß der Entideologisierung, will sagen des Fortschreitens der autoritär-reaktionären Ideologie, und ist wahrscheinlich der Hauptgrund für ihren noch nicht totalen Sieg. Jeder Schritt zum Obrigkeitsstaat muß demokratisch bemäntelt werden. Nach wie vor wird unter falschen Fahnen gekämpft. Wie v. Merkatz es richtig feststellte, ist das eigentliche Bewegungsgesetz der Bundesrepublik das der „alten Macht- und Interessenkämpfe“. Die Ideologie wird ihnen völlig untergeordnet. Daher wird mit ihr unbekümmert und ganz nach dem Zweck des Augenblicks umgegangen. Entsprechend der Notwendigkeit, ist man mal mehr, mal weniger demokratisch, beruft man sich auf den SS-Adel der Nation oder auf echte Antinazis, droht man mit deutscher Macht oder beteuert deutsche Friedensliebe. Präsident Lübke kann innerhalb weniger Wochen von der Gefahr eines sowjetischen Vorstoßes zum Atlantik sprechen und sich vom Friedenswillen der Sowjetunion überzeugt zeigen. Kanzler Adenauer darf vor den letzten Wahlen eine Konferenz mit der UdSSR befürworten und danach unermüdlich tätig sein, damit sie nicht zustandekommt. Und der wendige Brandt kann einmal die Atombewaffnung gutheißen und sie ein andermal verurteilen.

Das geistige Reich, in dem der Primat der Macht vorherrscht, ist das des Nihilismus. Er bedient sich aller Werte und erkennt keinen an. Alle sind sie nur Mittel zum Zweck; ihr einziger Wert besteht darin, der Machtpolitik zu dienen. Die „Revolution des Nihilismus“, die Hermann Rauschnig im Dritten Reich sich vollziehen sah, ist noch nicht zu Ende. Die böse Hinterlassenschaft ist nicht abgebaut. Trotz feierlicher Verbeugungen vor schönen Werten wird keinem anderen Gott gefrönt als dem, der seit je den „alten Macht- und Interessenkämpfen“ vorsteht.

V.

Das Hinwenden zur traditionellen Machtpolitik bedingt die Übernahme ihrer klassischen Waffen. Die Feindschaft, die v. Merkatz dem Rationalismus bekundet, zeichnete Deutschland bis zum Zusammenbruch des Nazi-Reichs aus. Statt vernunftgemäß mit realen Größen zu rechnen, schlug sie den Schaum der Gefühle, berauschte sich am „Deutschtum“, schrieb den Mythen von Reich, Rasse, Volk eine Kraft zu, die sie nicht hatten, da sie nichts als Produkte ratiofeindlicher Hirne gefühlsbesessener Protzen waren. In einer scharfsinnigen Untersuchung schrieb Alexander Mitscherlich,

„daß der deutsche Niedergang mit seiner spezifischen Form des Wahnes längst vor Hitler völlig sichtbar war, daß nicht einmal die Inhalte der Projektionen wechselten und selbst die Formulierungen die gleichen blieben . . .“)

*) Alexander Mitscherlich: „Endlose Diktatur?“, Verlag Lambert Schneider 1947, S. 16.

Wenn Hitler nicht das Verhängnis war, zu dem Bonner Thesen ihn abstempeln, wenn er selbst nur der Gipfel eines lange vor ihm bestehenden Verhängnisses war, erhebt sich die Frage, was davon jetzt lebendig ist. Ist die bundesrepublikanische Machtpolitik wirklichkeitsnäher, weniger phantasie- und gefühlsbetont als die Adolf Hitlers? Ich möchte das verneinen und sogar sagen, daß sie noch um einige Grade phantastischer ist. Denn schließlich, als der „Führer“ den Russen den Fehdehandschuh hinwarf, standen seine Truppen in Polen und auf dem Balkan, während die Rote Armee heute in Berlin steht. Es war wahnsinnig genug, wenn Göring versicherte, daß kein feindliches Flugzeug Deutschland überfliegen werde. Wie soll man jedoch solche Reden kennzeichnen, die sich wie selbstverständlich auf den „Verteidigungsfall“ einstellen, die Lüge verbreiten, daß Berlin militärisch verteidigt werden könne, und schamlos versichern, daß „jeder eine Chance“ im Atomkrieg habe?

Um dieser Haltung das Wahnwitzige zu nehmen, wird das Bündnis mit dem Westen angeführt. Endlich wird an einer Front gekämpft, mit starker Rücken- deckung, sagt man. Aber es wird übersehen, daß dieses Bündnis nicht stark ge- nung ist — eine lange Praxis hat es bewiesen —, die UdSSR im Frieden zur Kapitulation zu zwingen, während im Kriege solche Verwüstungen zu erwarten sind (Kennedy unterstrich es mehrfach), daß es vermessen ist, von möglichen Siegern und Besiegten zu reden. Als Beispiel der neuen und alten Verblendung sei Michael Freund (FAZ) angeführt:

„Aber die Deutschen stehen zweihundert Jahre unter der Verzauberung des Dämons der Übermacht. Im Grunde hört Deutschland mit dem Atlantikpakt auf, sich mit der Minderheit zu verbünden, die Zahl und die Wahrscheinlichkeit zu ver- achten⁵⁾.“

Wir dürfen das als eine typische Darstellung des jetzt üblichen Selbstbetrugs betrachten: Man glaubt, der „Verzauberung“ entgangen zu sein, und ist doch nichts weiter als deren neues Opfer. So sehr der Atlantikpakt Bonn auch stützt, es heißt sich der Illusion hingeben, wenn man übersieht, daß er sich keineswegs mit den Zielen der Bundesrepublik identifiziert. Das zeigte sich sowohl in der Berlinfrage wie auch in der Verweigerung von Nuklearwaffen. In einem künftigen Krieg würde Deutschland trotz des Westbündnisses gründlicher vernichtet werden als im vergangenen. Was Michael Freund als Realpolitik anpreist, ist es keines- wegs. Vielleicht dämmerte das ihm selbst auf, denn er schließt mit der vorsichtig beunruhigenden Frage:

„Wann wird für Deutschland die Anziehungskraft des Daseins im Unmöglichen enden?“

Dieser Frage möchte ich mich anschließen. Die gesamte Politik der Bundes- republik, vom „Todfeind“ über „Berlin-Verteidigung“ bis zur „Ernstfall“-Vor- bereitung, beweist, daß sie der Anziehungskraft des Unmöglichen erlegen ist. Der Realitätsverlust, der die deutsche Politik seit mehr als einem halben Jahr- hundert kennzeichnet, wurde von Bonn als Erbschaft übernommen und wird mit geradezu rührender Pflege gehütet.

VI.

Unter dem Vorwand der Versachlichung wurde die Herrschaft der Wunsch- bilder, die 1945 zerbrachen, wiedererrichtet — und im wesentlichen sind es die gleichen. Die Losung „Zurück zur Realität“ deckte eine neue Flucht vor der Realität. Das Verwerfen der rationalen Analyse der Wirklichkeit kann nur den Kult der Gefühle bewirken. Die Mystiker der Machtpolitik setzen sich über mate-

⁵⁾ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20. 1. 1962.

rielle Tatbestände, vorhandene Kräfte hinweg und blähen Gefühle auf. Die UdSSR ist stärker als Westdeutschland, der Ostblock nicht schwächer als der Atlantikblock; das stört sie nicht im geringsten. Sie lehnen Verhandlungen ab, bereiten sich auf den „Verteidigungsfall“ vor und berauschen sich an Adenauers Versicherung, daß „wir der stärksten Militärkoalition aller Zeiten“ angehören. Kein Verantwortlicher im Westen denkt daran, die DDR zu zerstören; auch das macht nichts: Man tut so, als sei das doch der Fall, und bestätigt sich, ungeheuer kräftig zu sein. In Berlin wird die Mauer errichtet, und die Politik der Stärke erweist sich als sehr schwach. Gibt das etwa zu denken? Mitnichten. Denn unsere Regierungsmänner sind ja über den Rationalismus erhaben, zeigen sich taub gegenüber Vernunftargumenten und treiben statt dessen Gefühlsschaum auf Höhepunkte: Fahrt nach Berlin, seht euch die Mauer an, bringt euere Emotionen zum Kochen, fürchtet, haßt, siedet — doch hütet euch, zu denken. Das wäre Rationalismus. Die Machtpolitiker ziehen Emotionen vor.

Aber dieser emotionale Antrieb der bundesdeutschen Politik verrät mehr, als ihren Repräsentanten recht sein kann. Der Schaum des Gefühls wird hochgeschlagen, auf daß er am Sehen verhindere. In der DDR wird der „Todfeind“ symbolisiert, sie sei ein „Ulbricht-KZ“; und Herr Lemmer spricht vom „Krematorium der Freiheit“, womit er nicht Auschwitz meint, sondern Berlin. Nach der Rehabilitation der SS benutzt die Bundesrepublik die ungesühnten Verbrechen im Dienste ihrer Machtpolitik. Sie hat mit den Globkes Frieden geschlossen; aber sie ist gegen Ulbricht. Sie hat ungezählte KZ-Organisatoren kein Härchen gekrümmt; aber sie ist gegen das „Konzentrationslager“ der DDR. Dieser Begriffsverschleiß ist bedeutsam genug. In dem die DDR als nazistisch verteufelt wird, werden die Nazigreuel selbst abgeschwächt. Man will sich des Teufels entledigen, indem man ihn dem anderen anhängt. Diese Methode ist aus der mittelalterlichen Dämonologie nur zu bekannt. Eine Karrikatur der „Bewältigung der Vergangenheit“ wird geliefert, indem man diese den Kommunisten aufhalst. Damit wird sie freilich nicht bewältigt, sondern konsequent fortgeführt. Mit einem Zuge sollen mehrere Ziele erreicht werden: 1. befreit man sich von der psychischen Malaise, 2. tritt man als Antinazi auf, 3., last not least, werden die Nazis befriedigt.

Während dem Rationalismus abgeschworen wird, erstehen die primitiven Praktiken der Verteufelung, der Beschwörung, der Hexenaustreibung — Praktiken, die das Dritte Reich mit Virtuosität ausübte. Die Übermacht der Gefühle, die die Wirklichkeit negieren, führt auch dazu, daß bestimmten Worten, Formeln und Gesten ein sakraler Wert beigemessen wird. Jeder weiß, mit welcher Systematik der Nationalsozialismus sich dieser Mittel bediente, welche Resonanz er Worten wie Führer, Jude, Volk gab. Auch heute wird in das Wort Bolschewismus eine möglichst große Zahl von Angst- und Haßkomplexen hineingepreßt. Chruschtschow wird zum leibhaftigen Teufel, bei der Anrufung der roten oder gelben Gefahr rieselt es der Masse der Denkschwachen und Gefühlbesessenen kalt über den Rücken. Bestimmte Worte fürchtet man sich auszusprechen, als ändere sich dadurch die Wirklichkeit, die sie repräsentieren. Die DDR ist die „Zone“. Was sie leistet, ist durchweg negativ, muß negativ sein, da ansonsten die Welt der Verteufelung zusammenbrechen würde. Das Positive wird durch Schweigen ausgelöscht. Gewiß hat das mit rationalem Denken nichts zu tun — ich gebe das Herrn v. Merkatz gern zu —, es führt zurück in die Vorzeit von Magie und Tabu.

VII.

„In der Ideologie der Diktatur werden alle verwerflichen, einer moralischen Kontrolle nicht standhaltenden Neigungen der Einzelpersönlichkeit und der Kollektiv-

IM ZEICHEN DES NIHILISMUS

person der Masse in der Figur eines teuflischen, gefährlichen, mit tödlichen Aggressionen geladenen Gegners formuliert. Er wird zum Erb- und Erzfeind erklärt und ist doch bei genauerer Betrachtung nichts anderes als die Projektion unbewußter eigener Qualitäten auf ein Opfer⁶⁾).

Die hier von A. Mitscherlich beschriebene Herrschaftsmechanik läßt sich analog auf die Gegenwart des Bonner Staates übertragen, womit bewiesen ist, wie gering dessen wirklicher demokratischer Gehalt eigentlich ist. Ohne Abwandlung wurde von der Diktatur der sowjetische „Erb- und Erzfeind“ übernommen, desgleichen seine Verfehlung, die auf der Projektion eigener Verfehlungen beruht.

Der heutige Nihilismus der Machtpolitiker ist dem der zwanziger und dreißiger Jahre verwandt, weil die Bundesdeutschen, ähnlich wie die Bürger von Weimar, vor der Realität fliehen, statt sich ihr zu stellen. Konrad Adenauer darf als Symbol gelten, wenn er anlässlich der Herstellung diplomatischer Beziehungen 1955 in Moskau folgendes erklärte:

„Ich meine, wenn wir in eine neue Periode unserer Beziehungen treten — und das ist unser ernstlicher Wille —, daß wir dann nicht zu tief in unsere Vergangenheit hineinsehen sollten, weil wir dann nur Hindernisse vor uns aufbauen. Der Beginn einer neuen Periode setzt auch eine psychologische Reinigung voraus⁷⁾).

Was der Kanzler psychologische Reinigung nennt, ist ihr Gegenteil: „nicht zu tief in unsere Vergangenheit hineinzusehen.“ Daran hielt der Staat, den er mustergültig repräsentiert, sich strikt. Seine Innen- und Außenpolitik kann nicht anders verstanden werden. Es ist so bequem — wenigstens eine Zeitlang! —, über einen „Todfeind“ zu verfügen. Viel schwieriger ist es, in sich zu dringen, Ordnung im eigenen Haus zu schaffen. Das wird von Bonn genauso verworfen wie in der Weimarer Zeit.

In ihrer Untersuchung über das Versagen nach dem Ersten Weltkrieg schreibt Eva Reichmann:

„Statt die früher herrschenden Klassen anzuklagen und damit eine innere Reinigung in politischer und psychischer Beziehung einzuleiten, wurde versucht, die Schuld an der Niederlage vollständig von sich abzuwälzen⁸⁾).

Seit 1949 wird der gleiche Weg gegangen. Die innere Reinigung wurde unterdrückt, die aufgestauten Kräfte werden statt dessen wieder nach außen in den Machtkampf umgesetzt.

„Von Deutschland reden, heißt heute von der Anarchie der Handlungen und vom Nihilismus der Inhalte reden⁹⁾).

Diese Feststellungen traf Alexander Mitscherlich 1947. Sie ist leider heute noch gültig.

⁶⁾ Alexander Mitscherlich, ebd., S. 28.

⁷⁾ Nach Wilhelm Cornides: „Die Weltmächte und Deutschland“, Rainer Wunderlich Verlag, 1957, S. 297.

⁸⁾ Eva Reichmann: „Die Flucht in den Haß“, Europäische Verlagsanstalt, S. 218.

⁹⁾ Alexander Mitscherlich, ebd., S. 7.